

# Danziger Zeitung.

Nr. 20015.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben gespaltenen gewöhnlichen Schriftseiten oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.



# Beitung.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Paris, 8. März. (W. L.) Dem „Figaro“ zufolge wird Brissac das Amt des Präsidenten der Panama-Kommission niederlegen wegen längerer Enthaltung von der Arbeit, zu welcher er wegen einer Operation gezwungen ist.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 8. März.

### Reichstag und Marine.

Die Marine hat in diesem Jahr vorzugsweise die Kosten der schlechten Finanzlage zu tragen. Die Budgetkommission hat die meisten der vorgeschlagenen Neubauten abgelehnt: ein Panzerschiff, zwei Panzerfahrzeuge, eine Kreuzerkorvette, einen Kreuzer und einen Aviso, bewilligt wurden nur ein Kreuzer, ein Aviso, ein Torpedoboot; das Plenum wird ohne Zweifel diese Vorschläge gutheissen. Es ist auch nicht zu erkennen, daß allein in diesem Etat erhebliche Ersparnisse gemacht werden könnten. Man wird der Reichstagsmehrheit darum gewiß nicht den Vorwurf feindseliger oder gleichgültiger Gesinnung gegen die Entwicklung unserer Marine machen dürfen. Aber zu den allgemeinen Gesichtspunkten der unerlässlichen Ersparnis und Beschränkung in einem Zeitpunkt, wo an unsrer Heerwesen so große neue Ansprüche gestellt werden, kommt die Erwähnung hinzu, daß früher bewilligte Crédits noch gar nicht haben aufgebraucht werden können, daß die Technik der Schiffsbaukunst sich gegenwärtig in beständigen Fortschritten und Neuerungen befindet und daß der gegenwärtige Zeitpunkt daher sehr ungeeignet zu einer umfangreichen Erneuerung unserer Kriegsflotte ist. Immerhin sind auch jetzt wieder bedeutende Aufwendungen für diesen Zweck bewilligt worden und von einer Vernachlässigung unserer Flotte wird nicht die Rede sein können, wenn wir auch genötigt sind, uns nach unserer Leistungsfähigkeit einzurichten. Der Reichstag hat sogar, wie schon in den Telegrammen unserer heutigen Morgenausgabe hervorgehoben ist, gestern eine von der Budgetkommission gestrichene Forderung für Verstärkung der Matrien-Artillerie wiederhergestellt. Einem Wettbewerb mit seßmäßigeren Nationen und namentlich mit vereinigten Flotten etwaiger feindlicher Mächte vermögen wir allerdings nicht auszunehmen.

### Die Situation in der Militärcommission.

Über die gestrige Sitzung in der Militärcommission wird uns von unserem Berliner Correspondenten noch geschrieben:

„Als der freisinnige Abg. Hinze, der bekanntlich früher Offizier war, in einer neulichen Sitzung sich „im Princip“ für die 4. Bataillone der Vorlage erklärt hatte, bekleidete sich der Abg. Richter zu konstatiren, daß er diese Taktik für eine falsche habe, daß damit der Abgeordnete und Fraktionsgenosse sich auf schiefere Ebene begebe. Diese Wendung, die durch unzweideutigere Kundgebungen in der Presse verstärkt worden ist, hat, wie es scheint, nicht gefruchtet. Herr Hinze erklärte sich auch heute wieder „im Princip“ für die Verstärkung einer Anzahl von Bataillonen bei den Grenztruppen, wiederum mit Rücksicht auf die Mobilmachung. Der Abgeordnete Richter glaubte Herrn Hinze vorhalten zu müssen, daß er in der Commission nicht militärischer Sachverständiger, sondern Mitglied der freisinnigen Partei sei. Herr Hinze meldete sich sofort wieder zum Wort. Nachdem inzwischen noch der Reichskanzler und Major Wahns gesprochen, erklärte Herr Hinze, auf die Gefahr hin, der Eigenschaft als Mitglied der Commission entkleidet und ganz nackt als militärischer Sachverständiger hingestellt zu werden, gehe er auf die Anführungen der Vordenker ein. Und nachdem er das gethan, gab er Herrn Richter mit einer Deutlichkeit, die gar nichts

zu wünschen ließ, zu verstehen, daß er seine Aufgabe als Mitglied der Commission doch etwas anders auffasse. Die Commission habe in diesen militärischen Fragen volle Alartheit und Wahrheit zu schaffen und dazu nach Maßgabe seiner Kenntnis der Sache mitzuwirken, halte er für seine Pflicht, auch den eigenen Parteigenossen gegenüber. Der Abg. Richter kam auf diese Erörterung nicht mehr zurück. Immerhin kann man sich aus diesen Reden ein Bild davon machen, was morgen Abend in der Sitzung der freisinnigen Fraktion verhandelt werden soll. Zu bemerkern ist dabei, Abg. Hinze hat bisher mit keinem Worte gesagt, daß er eine Bewilligung über die Höhe der gegenwärtigen Präsenzrässer und die 18 000 Erstakreservisten hinaus zu gewähren entschlossen oder gewillt sei. Es wäre ja doch denkbar, daß die Mannschaften für die vierten Bataillone, die ja auch schwächer sein können, als die Regierung vorschlägt, und auch die Verstärkungen für eine beschränkte Zahl von Bataillonen aus der bisherigen Friedenspräsenz genommen würden. Herr Hinze hat sich vorbehalten, seine Ansicht über diese Frage zu vertreten, wenn die Commission sich mit der Präsenzrässer beschäftigt. Aber schon seine Erklärungen „im Princip“ und unter Vorbehalt haben ihn nach gewissen Seiten als „verdächtig“ erscheinen lassen.“

Dem Bericht der „Freisinnigen Ztg.“ zufolge sagte Herr Hinze über seine Auffassung von den Aufgaben der Commission:

Aufgabe der Commission ist es, dem Volk über das Wesen der Sache und den Gesetzesentwurf Alartheit zu verschaffen. Wenn einem Commissionsmitglied dies aus seinem früheren Beruf heraus leichter wird, so ist es seine Pflicht, die Alartheit auch seiner eigenen Partei gegenüber herbeizuführen.

Das ist eigentlich ganz selbstverständlich, und deshalb pflegt man ja bekanntlich die sachverständigen Mitglieder der Fraktionen in die Commissionen zu senden, damit sie mittels ihrer Spezialkenntnisse aufklärend wirken. Deshalb fehlt ja auch der Abg. Richter nie in einer mit militärischen Dingen besetzten Commission. Deshalb aber ist auch Herr Hinze seine Stellungnahme durchaus nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen, wie man es von gewissen Seiten thun möchte. Wozu denn überhaupt eine Commissionsberatung, wenn in jeder einzelnen Detailfrage das Verhalten der Abgeordneten von ihrer Fraktion von vornherein genau limitiert sein sollte? Und dies letztere ist hier auch gar nicht in Frage. Wir kennen keinen Beschlus der freisinnigen Partei und vor allem auch keinen Punkt des freisinnigen Programms, der Hrn. Hinze verbieten würde, so zu handeln, wie er gehabt hat!

Die zahlreichen Angriffe, die gegen Herrn Hinze wegen dieser seiner Haltung bereits gerichtet worden sind, kann man deshalb einstweilen auch noch ruhig übergehen, namentlich da sie zum großen Theil aus Kreisen kommen, die gar nicht zur freisinnigen Partei gehören, wie die „Frank-Ztg.“ und die Berliner „Volks-Ztg.“, die, soweit wir wissen, sich wenigstens früher nicht als Organe der freisinnigen Partei betrachteten. Gerade diese beiden Blätter haben vor einigen Tagen auch gegen uns die Lanze eingelegt, weil wir das Verbrechen begangen hatten, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß es in der Militärfrage zwischen der Reichsregierung und dem Reichstage schließlich zur Verständigung kommen werde. Aber von niemandem, und von solchen Blättern am allerwenigsten, werden wir uns in der Meinung beirren lassen, daß dieser Wunsch und diese Hoffnung in großen Kreisen des Volkes gehalten wird. Gegen die liebenswürdige Unterstellung des „Umfalls“, wie sie von gewissen Kraftredern dabei beliebt wird, sind wir sonst wohl gesichert genug durch die wiederholt abgegebene Erklärung, daß wir als Voraussetzung einer solchen Verständigung das Entgegenkommen der

herrlichen Anlaß gab, kehrte man im Jahre 1877 wieder zu dem früheren Zustand zurück.“

Unter dem Abschnitt „Stammesverschiedenheit der Bewohner“ gibt uns der Verfasser einige ethnographische Notizen. Er nennt als erste Bewohner des Landes die Aestier und Gothen. Diese waren die lettischen Pruzi gefolgt. Die Angaben des Verfassers sind in diesen Punkten nicht genau. Es steht heute unzweifelhaft fest, daß die germanischen Gothen niemals in der Weichselniederung gesessen haben. Die von Tacitus erwähnten Aestier und die Guttonen des Griechen Pytheas sind bereits Stämme lettischen Ursprungs gewesen. Die Pruzen sind offenbar nur Nachkommen dieser Völkerstämmen oder vielleicht ein einzelner Stamm derselben. Die weiteren Ausführungen Dr. Ballentins sind dagegen unanschaffbar. Westlich der Weichsel im Pommern-Land, saßen slavische Volksstämme. Dieselben wurden bereits unter den sächsischen Kaisern germanisiert und christianisiert. Die Bewohner des östlich der Weichsel liegenden Westpreußens machten den gleichen Prozeß erst viel später durch, man nennt da die Jahre 1230—1283. Das Christenthum hat in dieser Zeit einen vollständigen Sieg errungen. Von einer vollständigen Germanisierung kann aber gar nicht die Rede sein. Als im Jahre 1466 Westpreußen polnisch wurde, konnte man nur die Städte als durchweg deutsch betrachten. Von dem Lande war nur die Weichselniederung völlig deutsch zu nennen; auf der Höhe aber prävalierte wohl noch das Slaventhum. Das letztere wurde in der Folgezeit auf kolonialistischem Wege, durch die

\* Die „Gutten“ ist später der Name eines kleineren litauischen Stammes.

Reichsregierung gegenüber der Majorität des Reichstages und eine erhebliche Einschränkung ihrer Forderungen ansehen. Es handelt sich nicht um eine Verständigung um jeden Preis, aber auch um die Vereitelung einer solchen um jeden Preis darf es sich nicht handeln!

### Der Jesuitenantrag des Centrums.

Wie bereits mitgetheilt, hat es gestern bei der Festlegung der Tagesordnung im Reichstage das Centrum für angezeigt gehalten, seinen Eifer für die baldige Berathung des Antrags auf Aufhebung des Jesuitengesetzes zu dokumentieren. Graf Ballerstrem beantragte, heute, als am Schwerinstag, Initiativanträge aus dem Hause zu berathen, damit der Jesuitenantrag vor Ostern zur Berathung komme. Nun gehen diesem Antrage des Centrums noch fünf andere Anträge voraus. Bis zur Verdagung (23. d.) sind nur noch zwei Mittwoche, am 15. könnte also der Jesuitenantrag nur dann an die Reihe kommen, wenn heute sämtliche fünf Anträge, die vorausgehen, erledigt würden. Daran ist natürlich gar nicht zu denken. Und da überdies der Präsident an die Notwendigkeit erinnerte, den Etat bis zur Verdagung fertig zu stellen, so hatte es bei dem Vorschlag sein Bewenden. Die Abstimmung ergab kein Resultat, da im ganzen nur 137 Mitglieder an derselben Theil nahmen; aber selbst von diesen stimmte die Mehrheit (76) für die Fortsetzung der Staatsberathung, die dann der Präsident auf eigene Verantwortlichkeit versuchte. Für den Antrag Ballerstrem stimmten nur Centrum, Polen und Socialdemokraten; die Freisinnigen haben es mit der Jesuitenrede nicht so eilig.

### Politik in Kriegervereinen.

Anlässlich der Petition des Westdeutschen Kriegerverbandes an den Reichstag mit dem Schlussantrag auf Annahme der Militärvorlage erörtert die „Nordb. Allg. 3.“ die Frage, ob die Kriegervereine, die nach ihren Statuten politische Vereine nicht sind und nicht sein sollen, berechtigt sind, Petitionen für, oder, was doch auch möglich wäre, gegen die Militärvorlage einzureichen. Die „N. A. 3.“ giebt zu, daß die Kriegervereine nach dem Erlass des preußischen Vereinsgesetzes veranlaßt worden sind, in ihre Statuten den Ausschluß politischer und religiöser Angelegenheiten aufzunehmen, um sich den Beschränkungen zu entscheiden, denen politische Vereine gefährlich unterliegen. Ob die Kriegervereine „geeignet“ sind, in Fragen, wie die der Militärvorlage, ein Wort mitzusprechen, „weil ihre Mitglieder ausnahmslos durch die Schule des Heeresdienstes hindurch gegangen sein müssen und dadurch ein in das Volkstümliche übertragenes Fachverständniß besitzen“, brauchen wir nicht zu erörtern. Von dem Augenblick an, wo die Kriegervereine derartige hochpolitische Fragen im Widerspruch mit ihren Statuten erörtern, fallen sie unserer Ansicht nach in die Kategorie der politischen Vereine und müssen darnach behandelt werden.

### Der jetzige Stand der deutsch-spanischen Handelsvertragsverhandlungen,

denen ein analoger Schritt auch seitens Österreich-Ungarns bzw. Italiens gefolgt ist, hat, wie die „Polit. Nachr.“ hören, das Pariser Cabinet bewogen, nach Madrid die Anfrage zu richten, ob Spanien geneigt sein würde, der französischen Republik die gleichen Zugeständnisse zu machen. Der spanische Premierminister Sagasta hätte hierauf erwidert, es sei dies nur unter der Bedingung des Abschlusses eines Reciprocitysvertrages auf Grund wechselseitiger, gleichwertiger Zugeständnisse an-

gängig. Im ungarischen Abgeordnetenhaus begann gestern die Berathung des Cultusbudgets. Der Cultusminister, Graf Csáky, gab eine geschichtliche Darstellung der gegenwärtigen kirchenpolitischen Lage und suchte nachzuweisen, daß die Cisleithie der einzige richtige Weg sei, wenn man

Mahregeln der brandenburgisch-preußischen Herrscher immer mehr und mehr verbrängt. Er seit Mitte der sechziger Jahre dieses Jahrhunderts ist es wieder in einem allmählichen Expansionsprozeß begriffen. Wir streifen hier bereits das Gebiet der Polenfrage, die wir noch in einem besonderen Abschnitt zu behandeln gedenken. Die Deutschen Westpreußens sind zum größten Theile niedersächsischen Ursprungs, so besonders in der Weichselniederung und auf der Danziger Höhe. Im Thornen Gebiet und im Großen Werder siedeln auch Oberdeutsche und südwestlich der Brahe Westfalen. Als besondere Nationalität, neben Polen und Deutschen, gelten wissenschaftlich (?) für den Osten die Juden.

Mit welcher Berechtigung eine solche Gliederung gemacht worden ist, will der Verfasser „ganz und gar dahingestellt“ sein lassen. Das ist weise Vorsicht. Westpreußen zählt prozentual die meisten Juden im Laufe seiner Geschichte am Anfang dieses Jahrhunderts. Damals kamen auf 10 000 Einwohner 221 Juden. Vorher waren die Ortschaften und die Verfassung der deutschen Städte der Ausbreitung der Juden nicht günstig gewesen. Als Westpreußen an Preußen kam, waren dort nur 2—3000 Juden angesezten. 1772—1816 erfolgte dann eine rapide Zunahme des jüdischen Elements. In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts hielt sich der Prozentsatz der Juden auf gleicher Höhe. 1846 kamen auf 10 000 Einwohner 220 Juden.

Seitdem macht sich eine starke Abnahme dieses Prozentsatzes bemerkbar. 1885 zählte man auf 10 000 Einwohner nur noch 172 Juden. Das hängt eng zusammen mit dem bekannten „Jude nach dem Westen“, besonders nach den großen Centren der Monarchie. Während 1816 in der

die Vergangenheit nicht verleugnen wolle. Er sei überzeugt, daß der Liberalismus, die Wahrheit siegen werde. Der Abgeordnete Fennewejh beantragte eine auf die Autonomie der Katholiken abzielende Resolution.

### Die normegische Consulatsfrage.

In der gestrigen Sitzung des norwegischen Storting wurde folgender Antrag der Linken eingebrochen: Im Anschluß an die einstimmige Adresse des Storting vom 23. April 1860 hält das Storting an der Alleinbestimmung Norwegens in allen Angelegenheiten fest, welche nicht im Reichsrecht als gemeinsame bezeichnet sind. In Übereinstimmung hiermit behauptet das Storting, daß sein Beschuß vom 10. Juni 1892 betreffs des Consulatswesens ausschließlich von der norwegischen Staatsgewalt behandelt werden muß und daß diese Frage unabhängig von den anderen, von schwedischer Seite in dem Protokoll vom 14. Januar 1893 gestellten Fragen abzumachen ist. Der Antrag wird morgen im Storting verhandelt werden.

### Bauern-Unruhen in Serbien.

Nach neueren Berichten sind die Unruhen der Bauern im Kreise Čačak ernster gewesen als anfangs angenommen wurde. Einzelne der Bauern waren mit Verbündeten bewaffnet. Der Anführer der Unruhen verdächtigt ist der radikale Bauernführer Rančo Tašić, welcher verhaftet wurde. Es wird ferner bestätigt, daß Dr. Ilic in Jagodina verhaftet wurde.

### Das Ergebnis der spanischen Wahlen.

Bei den Wahlen zur neuen spanischen Kammer wurden in Cuba 11 Ministerielle, 9 Conservative, 7 Autonomisten und 3 Unabhängige gewählt. In Portorico wurden 11 Ministerielle und 5 Conservative gewählt.

Die Republikaner in Madrid versuchten am Montag eine Kundgebung zu veranstalten, wurden jedoch von der Polizei daran verhindert. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Die neue Kammer wird voraussichtlich wie folgt zusammengesetzt sein: 50 Republikaner, 60 Conservative, 16 Carlisten, 7 cubanische Autonomisten; alle übrigen Deputirten gehören der ministeriellen Partei an. Die Kammer zählt 432 Mitglieder (1 Abgeordneter auf je 50 000 Einwohner); die Liberalen, fast 300 Mann stark, haben also die große Mehrheit.

### Eine Revolution in Honduras.

Der „Newyork Herald“ veröffentlicht das folgende Telegramm aus Panama unter gestrigem Datum: Eine neue Revolution ist im südlichen Honduras ausgebrochen. General Policarpio Bonilla und General Terreneo Sierra griffen mit 1000 Mann gestern den Plaza in Cholutira an. Sie besiegten die dortige Garnison (1500 Mann stark). Die Insurgenten marschieren jetzt auf die Hauptstadt Tegucigalpa, wo die Truppen sich empört und für General Bonilla erklärt haben.

### Aus dem japanischen Parlamente.

Das „Reuter'sche Bureau“ meldet über San Francisco aus Yokohama vom 17. Februar: Nachdem der parlamentarische Conflict in Folge der Einwilligung der japanischen Regierung in gewisse Budget-Reduktionen nunmehr beendet ist, tritt die Frage der Revision der Verträge wieder in den Vordergrund. Das Parlament hat in einer geheimen Sitzung eine auf diese Frage bezügliche Adresse an den Thron berathen. Die Verfasser der Adresse befürworten die Abschaffung des Princips, daß die Untertanen der westlichen Mächte nicht den japanischen, sondern den Consular-Gerichten unterliegen; ferner wünschen sie die Freiheit Japans von den vertragsmäßigen Beschränkungen in Zolltarif-Angelegenheiten und die Aufhebung der Ausländer vom Außenhandel; schließlich soll den Ausländern verboten werden,

Provinz Preußen und Posen 53 Proc. aller Juden des Königreichs Preußen wohnen, sind jetzt nur noch 33 Proc. dort. Umgekehrt in Berlin: 1816 lebten dort 2,7 Proc., 1885 bereits 17,6 Proc. Jemand eine Consequenz aus diesen Zahlen zieht der Verfasser nicht. Er hat wohl selbst eingesehen, daß es verfehlt wäre, auf dieser Basis, der gemäß die Juden im Osten als Nationalität zu gelten hätten, weiterzuarbeiten. Wenn er später, in Theil II., nochmals auf die Juden zu sprechen kommt, da hat er sie natürlich den Concessions eingereicht.

Der dritte Theil der Einleitung bettet sich „Bodenbeschaffenheit, Culturverhältnisse und Alima“ und bringt in großen Zügen eine geographische Schilderung Westpreußens. Wir lernen da besonders den Gegensatz zwischen Höhe und Niederung kennen. In letzterer ist der Boden fast durchweg vorzüglich. Auf der Höhe dagegen kommen starke Divergenzen vor. Fetter Lehmb- und leichterer Sand- und Grabboden wechseln ab, auch Haideslächen von völliger Unfruchtbarkeit sind reichlich vorhanden. Die Gefammlfläche günstiger und ungünstiger Böden verteilt sich nach den Ergebnissen der Grundsteuerabschätzung folgendermaßen:

1) an gutem Lehmb- und Thonboden auf den Bezirk Danzig 29,1, auf Marienwerder 38,9 Qu.-Meilen,

2) an gemischem Boden (sandigem Lehmb oder lehmigem Sand) auf Danzig 62,9, Marienwerder 105,5 Qu.-Meilen,

3) an ungünstigem Thon-, Sand- und Moor- boden auf Danzig 47,0, Marienwerder 163,0 Qu.-Meilen.

Das Alima muß ein ziemlich ungünstiges genannt werden, es ist rauh und wechselvoll. Die

## Reichstag.

60. Sitzung vom 7. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: Hollmann, Röster. Auf der Tagesordnung steht die Berathung des Marinekates.

Vom Ordinariu der Ausgaben wird das Kapitel „Marinecabinet und Obercommando“ ohne Debatte bewilligt. Beim Kapitel „Reichsmarineamt“, Titel 1, „Staatssekretär 24 000 Mk.“ führt

Abg. v. Henk (cons.) aus, daß auf der linken Seite das frühere Wohlwollen für die Marine neuwendig bedenklich erkannt sei, daß das Argument, unsere Marine habe keinen Beruf zur Offensive, sie müßte sich auf die Küstenverteidigung beschränken, auf dieser Seite immer mehr Boden zu gewinnen scheine. Das sei für die Marine, die jüngere Schwester der Armee, sehr bedauerlich. Der bloße Außenfach genüge nicht, namentlich, wenn man nun auch noch die neu geforderte Marine-Artillerie-Compagnie ablehne. Unfere Flotte müsse zu Offensivstößen die Kraft haben, dazu brauche sie Schlachtkräfte. Da der Bau von großen Schlachtkräften mindestens 4 Jahre dure, müsse man rechtzeitig bewilligen, ehe es zu spät sei. Auch die Trockendocks, welche die Commission abgelehnt habe, müßten bewilligt werden, um die Dispositionen der Marineverwaltung nicht zu stören.

Der Titel wird bewilligt.

Die Bewilligung der Kapitel „Seewarte und Staats-Intendanturen“ wird ohne Debatte beschlossen.

Beim Kapitel „Rechtspflege“ ist im Staatsentwurf ein leichter Absturz gefordert für die Flottille. Die Commission hat die Forderung abgelehnt und den Mehrbetrag von 4050 Mk. gestrichen. Ohne Debatte wird der Commissionsvorschlag angenommen, im übrigen das Kapitel genehmigt, desgleichen ohne Debatte das Kapitel „Seelsorge und Garnison-Schulwesen“. Im Kapitel „Geldverpflegung der Marinethiere“ sind zwei Maschinen-Uberingenieure à 8000 Mk. mehr gefordert. Die Commission hat nur eine dieser Stellen bewilligt. Das Haus tritt dem Commissionsvorschlag ohne Debatte bei. Beim Titel „Werft-Divisionen, Maschinengespann“ ist für 182 Deckoffiziere ( bisher 175) der Gehalt mit je 1500 Mk. ausgeworfen. Die im vorigen Jahre vorgelegte Denkschrift nahm nur eine Vermehrung um 5 Stellen, also auf 180 in Aussicht. Die Commission hat demgemäß die darüber hinaus verlangten 2 Stellen abgelehnt und beantragt deren Streichung. Auch wird dem Antrage durch den Reichstag ohne Discussion entsprochen.

Bei den „Matrosen-Artillerieabteilungen“ wird eine Vermehrung von 162 Stellen und eine Erhöhung des Staats um 49 789 Mk. verlangt, und zwar zur Befestigung für die Befestigungen in Augsburg; in einzelnen soll die Vermehrung sich wie folgt zusammensetzen: 1 Oberdeckoffizier, 1 Deckoffizier, 1 Feldwebel, 1 Vicefeldwebel, 6 Obermaaten, 11 Maaten, 28 Gemeine mit Obermatrosenrang und 113 Gemeine. Die Commission hat diese Mehrforderung abgelehnt; ein Antrag Hahn und Genossen empfiehlt die unveränderte Bewilligung des Staatsantrages. Die Commission hat der Vermehrung der Marinetruppen widerstrebt, welche in der Bewilligung liegen würde, und hält dafür, daß die Zufahrtstürme für die Befestigung das nötige Personal liefern können.

Staatssekretär Hollmann: Innerhalb der Commission waren wohl alle Mitglieder davon durchdrungen, daß es so, wie es ist, in Augsburg nicht bleiben kann. Es fehlt durchaus die artilleristische Besetzung dieser Befestigung, für welche der Reichstag mit großer Manifestation die Mittel bewilligt hat. Die Befestigungen sind zum großen Theile fertig, die unterseitische Vertheidigung ist vollendet; es fehlt die genügende Besatzungsmannschaft. Bis Januar dieses Jahres war überhaupt noch keine Befestigung da. Im Januar war durch allerhöchste Verfügung eine Minencompagnie von Bremerhaven dort hin verlegt; sie kann aber nur für die unterseitische Vertheidigung Verwendung finden. Wenn man meint, es könnte die Befestigung der Armeen überlassen werden, so ist das gar nicht thunlich; denn die Befestigungen an der Elbe und Weser sind seiner Zeit ausdrücklich der Marine übertragen worden, und zwar unter Mitwirkung und Billigung des Reichstages. Die Marine muß für diese Befestigungen eintreten und ist verantwortlich dafür. Wir müssen also besondere Werth auf die Befestigung legen. Die Denkschrift hat sich auf die Vermehrung der Artillerie des Gebataillons überhaupt nicht bezojen, sondern hatte nur die Vermehrung des zur Einführung bestimmten Personals im Auge.

Abg. v. Henk empfiehlt nochmals die volle Bewilligung; die Militärverwaltung könne für diesen Zweck keine Zufahrtstürme entbehren.

Abg. Seipio (nat.-lib.) hält Zufahrtstürme auch nicht für geeignet, diese Befestigungen zu besetzen und tritt dem Antrage Hahn bei.

Abg. Lingers (Centr.) ist der Meinung, daß, wie die Dinge liegen, nichts übrig bleibe, als die Forderung im ganzen zu bewilligen. In der Abstimmung wird nach Probe und Gegenprobe, bei einem von nur etwa 75 Mitgliedern befehlten Tocle die Position gemäß dem Antrage der Conservativen unverändert bewilligt. Für die Bewilligung stimmen außer dem Rechten, den Polen und Nationalliberalen nur etwa 4 oder 5 Mitglieder des Centrums. Die übrigen von der geforderten Vermehrung beeinflußten Titel dieses Kapitels werden den Staatsanträgen entsprechend bewilligt.

Beim Kapitel „Betrieb der Flotte“ 10 287 175 Mark hat die Commission im ganzen 535 000 Mark abgesetzt. Im vorigen Jahre wurde die geforderte Vermehrung der Indiensthaltung der Kriegsschiffe gestrichen. Diesmal hat die Commission, mit Rücksicht auf die neu vom Stapel getauften Schiffe einerseits und die allgemeine Finanzlage andererseits sich darauf beschränkt, etwa die Hälfte der geforderten Mehrbewilligung zu streichen und der Verwaltung zu überlassen, die Indiensthaltung, die im übrigen Commandosache sei, innerhalb des

mittleren Jahrestemperatur ist eine ziemlich niedrige. Darunter leiden natürlich die Agriculturverhältnisse. Vom Pfützen bis zum Enten liegt nur ein Zeitraum von fünf Monaten. Die hierdurch verursachte schnelle Auseinandersetzung landwirtschaftlicher Arbeiten bedingt einen zeitweise großen Bedürfnis und dem entsprechenden Mangel an Arbeitskräften jeder Art. Die durchschnittlichen Reinerträge Westpreußens sind auffallend niedrig. Doch macht der Verfasser mit Recht darauf aufmerksam, daß die Verschiedenheit der einzelnen Landstriche so große sind, wie kaum in irgend einer anderen Provinz. Wie er in Anlage Tab. 14 mittheilt, ergab sich für das Niederungsgebiet (Kreis Danzig, Elbing, Marienburg) ein Reinertrag von 6,24 Mk. per Morgen Ackerland, 7,47 Mk. für Wiesen- und 1,44 Mk. für Weidenland, während die entsprechenden Zahlen im deutschen Höhengebiete (Kreis Dt. Krone, Flatow und Schlochau) nur 1,65, 1,98 und 0,27 Mk. lauteten.

Die leichte Grundsteuer-Einschätzung berechnete für die ganze Fläche den Reinertrag auf 25, resp. 18 Groschen per Morgen in den Regierungsbezirken Danzig und Marienwerder. Die Werthlosigkeit solcher Zahlen tritt hier eclatant zu Tage. Das sind „amtliche“ Resultate. Wir können dem Verfasser für die Ermittelung derartiger Thatsachen dankbar sein, wenn wir auch bedauern müssen, daß er die Consequenzen seiner Forschungen nicht ziehen konnte oder — wollte.

In den folgenden Abschnitten der Einleitung, 4. Ernteerträge, 5. Viehstand und 6. Vertheilung des Grundeigenthums findet sich Dr. Vollentin mit den bisher auf diesen

Rahmens der bewilligten Mittel zu halten. Abgesetzt sind 150 000 Mark von dem Titel „Zulagen 2 263 066 Mark“, 200 000 Mark von dem Titel „Schiffspflegung 3 394 100 Mark“, 180 000 Mark von dem Titel „Rohstoffe der verbrauchten Betriebsmaterialien 4 397 730 Mark“ 5000 Mark von dem Titel „Verschiedene Ausgaben 192 279 Mark“. Nach den Mittheilungen des Referenten Abg. Fricken-Düsseldorf ist bei diesem Kapitel in der Commission auch die Kohlenfrage zur Erörterung gekommen. Während man im preußischen Abgeordnetenhaus über den Ankauf von englischen Kohlen durch das Marineamt großen Lärm geschlagen habe, sei die Budget-Commission des Reichstages zu der Überzeugung gekommen, daß die Marineverwaltung, welcher ganz unverhältnismäßig hohe Preise von der westfälischen Zeche „Coalition“ abgesetzt worden seien, im nationalen und wirtschaftlichen Interesse recht daran gehanzt hätte, englische Kohle zu beziehen. Die Commission hat ausdrücklich beflossen, in Folge dieser Erörterungen dem Reichstage folgende Resolution vorzuschlagen:

„Der Reichstag wolle beschließen zu erklären, daß die Marineverwaltung bei dem in der übergebenen Denkschrift geschilderten Bezug von Kohlen den gebotenen finanziellen und wirtschaftlichen Rücksichten entsprechend gehandelt hat.“

Abg. Hammacher (nat.-lib.): Es ist zuzugeben, daß bei der Marineverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundicat unangemessene Preise gefordert. Den Thatsachen entspricht diese Annahme nicht. Der Preis von 12,50 Mk. für Schiffskohle, der im vorigen Jahre gefordert wurde, entsprach durchaus der Marktlage. Der Markt nahm inzwischen eine ungünstigere Wendung und so machte das Ausfuhrsyndicat im Juni und dann im August niedrigere Preise. Eine vergleichende Zusammenstellung der im August geforderten Preise in Westfalen und England ergibt, daß die Marineverwaltung etwa 50 000 Mk. gespart hat. Das war einzurechnender Grund. Bei einer neuen Submission im September hat aber die Verwaltung die Meinung aufkommen lassen, daß die Kohlenverwaltung die Meinung aufkommen konnte, es hätte das Kohlenaufschwundic

eigenen Stelle gekürzt wurde. Den Weg, der 6 Kilometer beträgt, mußte er auf dem Zweirad zurücklegen; denn erst um 12 bzw. 10 Uhr durfte er seine Schule besuchen. Dann ins Gathaus gehen, zu Mittag essen und die Strecke von 6 Kilometern bei manchmal denkbar schlechtestem Wege zurücklegen, mußte das Werk einer Stunde sein. Die Vertretung dauerte bis Weihnachten 1888. Darauf erhielt der College aus der Steuerkasse volle 30 Mk. Leider haben diese Meilen-Gelder für Ausbesserung seines Zweirads, das durch den schlechten Weg und die schlechte Witterung sehr geschädigt war, nicht gereicht.

**Posen, 7. März.** Hier verlautet, dem Freiherrn v. Unruhe-Bomst sei bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst von dem Kaiser der Charakter als Wirklicher Geheimer Rath mit dem Titel Excellenz verliehen worden.

**Duisburg, 7. März.** Bei der heutigen Erwahl eines Landtagsabgeordneten im Wahlkreis Essen, Mülheim-Duisburg, Ruhrort wurde an Stelle des verstorbenen Commerzienrats Hogen der Landgerichtsrath Schneider (nat.-lib.) gewählt.

\* In Wieselsbach bei Weimar tagt leichten Sonntags eine sehr zahlreiche Versammlung bürgerlicher Grundbesitzer, in welcher Herr Remmer, Bevollmächtigter des allgemeinen deutschen Bauernvereins, unter lebhaftem Beifall über die Bestrebungen und das Programm dieses Vereins sprach. Am Schlusse der Ausführungen des Bevollmächtigten griff der Güterschlächter und Dekonom Hause aus Wieselsbach den Vereinsredner und die Ziele des Vereins in scharfer Weise an, indem er zugleich behauptete, die Bauernschaft Wieselsbachs und Umgegend stehe auf dem Standpunkt der Tivoli-Versammlung und des neuen Bundes der Landwirthe des Grafen Mirbach u. Gen. Hierauf ergriff der in der Versammlung anwesende Gutsbesitzer Wisser-Windholzhausen das Wort zur gründlichen Widerlegung des Güterschlächters, und die Versammlung, welche Herrn Wisser lebhaften Beifall darbrachte, beschloß auf Antrag derselben durch Probe und Gegenprobe mit allen gegen die Stimme des Güterschlächters folgende Resolution:

„Die Versammlung erklärt ihre volle Uebereinstimmung mit dem Programm und den Bestrebungen des allgemeinen deutschen Bauernvereins und lehnt für Wieselsbach und Umgegend jede Uebereinstimmung und jedes Zusammensein mit dem abeligen Landwirtschaftsbunde, als gegen die Interessen der deutschen Bauernschaft gerichtet, entschieden ab.“

#### Österreich-Ungarn.

**Wien, 7. März.** Das von der letzten allgemeinen Bischofskonferenz gewählte große Bischofs-Komitee trat heute unter dem Vorsitz des Fürstbischofs von Prag, Cardinal Schönborn, zu seiner ersten Sitzung zusammen. Unter den Anwesenden befindet sich auch der Fürstbischof von Breslau, Dr. Kopp. (W. L.)

#### Frankreich.

**Paris, 7. März.** Der Ertrag der indirekten Steuern im Monat Februar ergab eine Mindereinnahme von 5 746 800 Frs., gegenüber dem Budgetvoranschlag und eine Mindereinnahme von 9 648 900 Frs., gegenüber den Einnahmen im Februar 1892. Mindereinnahmen gegenüber dem Budgetvoranschlag kamen vornehmlich bei den Salzneinnahmen mit 2 647 000 Frs. und bei der Zuckersteuer mit 3 672 000 Frs. vor. (W. L.)

**Paris, 7. März.** Der „Cour“ behauptet, zahlreiche französische Kapitalisten, welche durch den Panamakandal beunruhigt seien, suchten ihr Geld im Auslande anzulegen. In mehreren englischen Banken seien in den letzten Wochen über 300 Millionen französischen Kapitals eingelagert worden. (W. L.)

#### England.

**London, 7. März.** Bei der in Grimsby stattgehabten Wahl eines Mitgliedes zum Unterkaste wurde Heneage (Unionist) mit einer Mehrheit von 964 Stimmen gegen den Kandidaten der Gladstoneaner gewählt. Bei der Wahl im Jahre 1892 war ein Gladstoneaner gegen Heneage gewählt worden. (W. L.)

#### Italien.

**Rom, 7. März.** Der Papst empfing heute den russischen Specialgesandten Iwolski zur Entgegnahme der Jubiläumswünsche des Jaren. — Heute Nachmittag unternahm der Papst einen Spaziergang in den Gärten des Vaticans. (W. L.)

#### Rufkland.

**Petersburg, 7. März.** Dem Vernehmen nach wird sich der Kaiser in der siebten Fastenwoche, welche am 26. d. Mts. beginnt, nach der Arm begeben, um daselbst das Osterfest zu verbringen. (W. L.)

#### Von der Marine.

\* Das Kanonenboot „Iltis“ (Commandant Capitän-Lieutenant Graf v. Baudissin) ist am 6. März cr. in Chosoo angekommen und beabsichtigt am 9. d. M. nach Chemulpo auf Korea in See zu gehen.

**Am 9. März: Danzig, 8. März: M.A.1. G. A. 6.33. G. U. 5.49.** Wetteraussichten für Donnerstag, 9. März, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Meist heiter, teils Nebel, tags milde. Nachfröste.

Für Freitag, 10. März: Wolzig, Niederschläge, teils milde. Lebhafte Winde a. d. Küsten.

Für Sonnabend, 11. März: Veränderlich, Niederschläge; häßlich. Nachfröste. Sturmwarnung f. d. Küsten.

\* [Von der Weichsel.] In der Nähe des Hasses bis zum Rodeacker Ueberfall an der unteren Rogat befindet sich das Eis noch in Winterlage. Von Rodeacker Ueberfall bis zum Marienburger Ueberfall liegen gebrochene Eismassen, die sich teilweise versetzt haben. Der Neue Reihe'sche Ueberfall ist ebenfalls mit Eis versetzt und zieht nur Wasser. Der Marienburger Ueberfall ist offen und zieht Wasser und Eis. Auf der Weichsel ist der Wasserstand überall erheblich gesunken. Der Strom ist teilweise gänzlich eisfrei, teilweise herrscht geringes Eisstrom. Bei Pieckel betrug gestern der höchste Wasserstand 5.30 Meter, heute 5.02 Meter; bei Marienburg gestern 5.06, heute 4.92 Meter; bei Wolfsdorf gestern 6.42, heute 6.08 Meter.

Aus Warschau wird heute ferner fallendes Wasser gemeldet. Heutiger Wasserstand 3.12 Meter.

Aus dem Einlagegebiet von gestern Abend schreibt man uns: Die Eisverhältnisse im unteren Stromgebiet sind noch immer unverändert. Auch der Wasserstand ist ziemlich derselbe. In Wolfsdorf Niederung markiert der Pegel abwechselnd zwischen 5.80 bis 6 Meter. Die Ueberfälle sind fest mit Eis verpackt und führen nur möglich Wasser in die Einlage. Das Eis ist im Strombett bis auf den Grund fest zusammengepackt und reicht fast bis an die Dammkrone des Einlagebannes (welcher bekanntlich niedriger als die

anderen Deiche ist). Es fehlt nur 0,50 Meter Steigung des Wassers, und Eis und Wasser gehen über den Damm. Die Strombauverwaltung wird wahrscheinlich auf die letzten Berichte hin militärische Hilfe hierher beordern. Bis dahin würde die Sache sehr leicht genommen, doch seit 24 Stunden ist man in großer Sorge wegen einer Katastrophe.

Ein Privat-Telegramm aus Elbing von heute Mittags meldet uns: In Folge einer Stopfung der Rogat am Rodeacker Ueberfall ist das Wasser sehr gestiegen. Heute Morgen 4 Uhr halten Wasserstand und Dammkrone die gleiche Höhe. Später ist das Wasser etwas gesunken. Von Zeyer abwärts steht die Eisdecke noch in der Winterlage. Die Hafenseide ist heute Nacht in Folge des starken Sturmes aufgebrochen.

\* [Schiffahrts-Nachricht.] Vom hydrographischen Amt ging nachstehendes Telegramm ein: Feuer Schiff „Lappgrund“ ist wieder auf der Station, das Feuer auf dem Fort des Mittelgrund bei Kopenhagen wieder angezündet.

\* [Vom Sonne.] Aus Dragör wird heute telegraphisch gemeldet, daß in der Nacht das Eis aus der Rioegebucht fortgetrieben und das Fahrwasser somit nach Süden wieder offen sei.

\* [Sturm.] Der Weststurm folgte gestern Abend der telegraphischen Ansage der Seewarte auf dem Fuße und hat in der verschlossenen Nacht schwer geob. Auf dem Lande ist vielfach Schaden angerichtet worden und die große Allee nach Langfuhr war heute Morgen förmlich bedeckt mit abgebrochenen Baumzweigen.

\* [Kreis-Turntag.] Für den, wie gemeldet, in Danzig im Juli stattfindenden Kreis-Turntag ist nun folgendes Programm aufgestellt: Sonnabend, den 8. Juli, Vormittag Ausschuß-Sitzung, Nachmittag Turntag; Sonntag, den 9. Juli, Morgens Mettturen, Nachmittags öffentliche Kreisturnen; Montag, den 10. Juli, Turnfahrt. Der Kreis Nordosten der deutschen Turnerschaft, welcher die Provinzen West- und Ostpreußen und den nördlichen Theil der Provinz Posen umfaßt, hatte am 1. Januar d. J. 7480 Beiträge steuernde Mitglieder, ferner 3309 turnende Mitglieder, 801 Zöglinge.

\* [Zum Speicherbrande.] In dem niedergebrannten Speicher „Gloria“ sind heute früh unter den Trümmern eine Menge von Anocherresten, sowie eine Art aufgefunden worden, jedenfalls von den Leichen der verunglückten Feuerwehrleute, nach dem Feuerwehrdepot und von dort nach dem Viehhofe gebracht worden. Eine Commission hat sich Vormittag an Ort und Stelle begeben.

\* [Stadttheater.] In der gestrigen Wiederholung der Oper „Lohengrin“, welche zum Benefiz für Fr. Neuhaus stattfand, die mit Ablauf dieser Saison eine dreijährige Wirklichkeit an der hiesigen Bühne beendet und an das Stadttheater zu Magdeburg übergeht, sollte ein neuer Heldentenor für nächsten Winter, Herr Kurt Triesen aus Berlin, in der Titelrolle debütieren. Bei Beginn der Vorstellung, auf die ein gut gefülltes Haus wartete, mußte aber verkündigt werden, daß Herr Triesen durch Indisposition behindert gewesen sei, die Partie zu übernehmen. Für ihn trat nun Herr Demuth ein, der hier zum ersten Male den Gralsritter sang und in mancher Scene wohlverdienten Beifall erntete. Freilich war auch diesmal seine Leistung etwas sehr ungleich, doch hatte er in der Gralszählung und noch mehr in Lohengrins Abschied wirklich schöne Momente. Jedemal ist das, was er aus der Partie zu machen versuchte, durchaus anzuerkennen.

In Folge der Behinderung des Hrn. Triesen muß nun auch die für Freitag angekündigte „Lannhäuser“-Vorstellung ausfallen. Es wird dafür die für Sonnabend anberaumte Benefiz-Vorstellung für unsere beliebte Operetten-Diva und Opernsoubrette Frau Anna Prucha-Schnelle gegeben. Ihren Inhalt bildet die erste Aufführung der neuen Weinberger'schen Operette „Die Utanen“, welche in Wien und Berlin sehr gefallen hat. Als Einlage wird unsere Ballettmeisterin Fr. Bendix mit ihren Elefanten einen Paradesmarsch der Ulanen aufführen, Herr Schnelle eine Couplet-Einlage singen. Für glänzende Ausstattung der neuen Operette mit Kostümen ic. ist von der Direction ebenfalls in bekannter Opferwilligkeit geforgt.

\* [Anstellung.] Am Schulrehter-Seminar zu Marienburg ist den Lehrer Korsch aus Danzig als Hilfslehrer angestellt worden.

\* [Distanzrit.] Heute Morgens 4½ Uhr trafen, von Allenstein kommend, die Lieutenant'schen Schäffer und C. O. ten Höfer vom ostpreußischen Dragoner-Regiment Nr. 10 hier ein. Benannte Herren waren Montag früh 5 Uhr aus Allenstein fortgefahren, um zu sehen, was das ostpreußische Pferd, untrainirt, zu leisten vermag. Der 25 Meilen betragende Weg über Löden, Mohrungen, Christburg, Altelse, Marienburg, Dirschau wurde in 23 Stunden zurückgelegt. Die Landwege bis Christburg waren theils spiegelglatt, theils mit furchtbarem Schnee bedeckt, die Chausseen von Christburg bis Danzig glatt und hart gefroren. Die Pferde kamen wohlbehalten und in guter Condition hier an, so daß man ihnen dreist noch einen Attache-Galopp hätte zumuthen können. Das Tempo während des Rittes war Posttrab. In den Dörfern sahen die Herren ab und führten die Pferde. Im ganzen wurde zwei Stunden in Christburg, eine Stunde in Marienburg verbraucht.

\* [Feuer.] Gestern wurde die Feuerwehr nicht weniger als dreimal alarmiert und zwar Mittags 2 Uhr 14 Min. nach dem Stadtgebiet, wo am Rangirbahnhof es im Kesselhause brannte. Abends 7 Uhr 25 Min. wurde sie nach der Wallgasse 2 gerufen, doch handelte es sich hier nur um blinden Lärm. Drei Minuten darauf mußte sie nach der Brodbankengasse 48 abrücken, wo es sich um einen Kellerbrand handelte. Heute früh 6 Uhr 13 Min. rückte sie nach Pfefferstadt 28 ab. Dort war ein Schornsteinbrand zu befechten.

\* [Feuer.] Gestern wurde die Feuerwehr nicht weniger als dreimal alarmiert und zwar Mittags 2 Uhr 14 Min. nach dem Stadtgebiet, wo am Rangirbahnhof es im Kesselhause brannte. Abends 7 Uhr 25 Min. wurde sie nach der Wallgasse 2 gerufen, doch handelte es sich hier nur um blinden Lärm. Drei Minuten darauf mußte sie nach der Brodbankengasse 48 abrücken, wo es sich um einen Kellerbrand handelte. Heute früh 6 Uhr 13 Min. rückte sie nach Pfefferstadt 28 ab. Dort war ein Schornsteinbrand zu befechten.

\* [Schwurgericht.] Die Besitzerfrau Martha Giurmoski, geb. Thiel, früher in Brust, jetzt in Wernsdorf bei Marienburg, ist des betrügerischen Bankroths angeklagt, während ihr Schwager Leo Pomierski aus Mahlin und ihr Bruder Dag Thiel aus Wernsdorf unter der Beschuldigung stehen, der Erstgenannten bei Wegschaffung der Sachen Hilfe geleistet zu haben. Der der Anklage zu Grunde liegende Thatbestand, den im wesentlichen alle drei Beschuldigte einräumen mit der Erklärung, daß sie sich der Strafbarkeit ihrer Handlungsweise nicht bewußt gewesen seien, ist folgender: Frau Martha St. war seit dem Jahre 1884 mit Paul Sturmowski, Besitzer des Gutes Brust, verheirathet und hatte von ihrem Vater 10 000 Mark in die Ehe mit erhalten. Von größter Bedeutung für die Anklage ist der Umstand, daß die Cheleute in Gütergemeinschaft lebten. Paul Sturmowski, dessen jetziger Aufenthalt nicht bekannt ist, ergab sich bald dem Trunk und kümmerte sich nicht um die Wirtschaft, welche nur noch durch Zuwendungen der Familie der Frau im Gange erhalten werden konnte. 1887 befaßt Paul St. schon nicht mehr Gaal zur Bestellung und stand dann 1890 schließlich vor dem unmittelbaren Bankrott, um so mehr als von der Dirschauer Bank ein von ihm über 1600 Mk. unterschriebener Wechsel eingeklagt worden war, den der Kaufmann Lebrecht und Befker Juve für ihn aus Gefälligkeit mitunterzeichneten. Er stand in dieser Wechselfrage am 30. September 1890 Termin zu, zu dessen Wahrnehmung der Sturmowski nach Danzig fuhr. Die Cheleute hat nun die Zahlungsfähigkeit ihres Mannes hinsichtlich dieser Wechselsumme sowohl gekannt als auch befürchtet seiner weiteren Schulden von 400 Mk. an den Lehrer Liebermann, 600 Mk. an den Besitzer Langmesser, 200 Mk. an den Besitzer Jurek

und hat auch gewußt, daß die Hypotheken-

zinsen an die sächsische Landesbank über 20 000 Mk. und über weitere eingetragene 9000 Mk. nicht bezahlt werden konnten. Nun kam am 30. September Vormittag ihr Schwager Pomierski nach Brust und lud hier auf Wunsch der Frau Sturmowski 2 Sophas, 2 Lische, 2 Spiegel, Wäsche- und Kleiderspind und 12 Stühle auf seinen Wagen und fuhr die Sachen zu sich nach Mahlin. Abends, als auch Sturmowski nach Hause gekommen war, kam dann mit Pomierski auch Thiel nach Brust, und beide trieben 1 Pferd, 2 Rühe, mehrere Hälber nach Mahlin und brachten in derselben Nacht noch einen Jagdwagen, eine große Mangel etc. nach Mahlin, trotzdem auch sie die schlechten Verhältnisse ihres Schwagers kannten. Die Gerichtsvollzieher Wiedner und Nürnberg aus Dirschau hatten durch dritte Personen diese Fortschaffungen erfahren und es gelang ihnen, die Sachen in Mahlin zu pfänden. Nachher wurde in Brust ein Sequester eingesezt und später das Grundstück verkauft. Concurs konnte nicht eröffnet werden, da keine Masse da war. Soweit der Thatbestand, den auch die Zeugen bestätigten, Frau Sturmowski will so gehandelt haben, weil sie glaubte, sie sei berechtigt gewesen, die von ihr in die Ehe eingebrachten Sachen auch fortzunehmen, um so mehr, als sie etwas für ihre acht Kinder habe retten wollen.

(Die Verhandlung dauert bei Schluss der Zeitung noch fort.)

[Polizeibericht vom 8. März.] Verhaftet: 12 Personen, darunter 1 Arbeiter wegen Diebstahls, 1 Schmied wegen Sachbeschädigung, 9 Dbdachlo, 1 Betriebswirt. Geflohen: 1 silberne Ankertüre Nr. 72 369 mit kurzer silberner Kette, 1 brauner Winterüberzieher, 1 Paar braune Hosen, 1 Paar Schätzleisen. Verloren: 1 goldene Schlagschnalle, 1 heller, langer Domänenmantel mit carriertem Futter; abzugeben im Fundbüro der Agt. Polizei-Direction.

#### Aus der Provinz.

d. Marienburg, 7. März. Die mit der hiesigen Landwirtschaftsschule verbundene Winterschule, welche gegenwärtig von 15 Schülern besucht wird, wurde heute Nachmittag durch den Regierungs- und Schulrat Rohrer einer eingehenden Inspection unterzogen. — Am hiesigen Schulrehter-Seminar findet heute und morgen die mündliche Abgangsprüfung unter dem Vorsitz des Herrn Provinzial-Schulrat Dr. Völker-Danzig und im Beisein der Herren Regierungs- und Schulräthe Dr. Rohrer-Danzig und Dr. Triebel-Marienwerder statt. 33 Seminaristen unterliegen sich diesmal der Prüfung.

\* Aus dem Kreise Marienburg, 7. März. Die Besitzer von Grunau haben eine Molkerei-Genossenschaft gegründet. Es soll dort eine Molkerei mit Dampfbetrieb erbaut werden. Der Pächter derselben will durchschnittlich 8½ Ps. pro Liter Milch und jährlich 1000 Mk. Pacht zahlen. — Die Besitzer von Sommerau und Umgegend beabsichtigen ebenfalls eine Genossenschaftsschäferei zu erbaulen.

Frenstadt, 7. März. An der Versammlung der Landwirthe des Kreises Rosenberg, einberufen von den Vorständen der landwirtschaftlichen Vereine Rosenberg, Riesenburg, Bischofswerder und Frenstadt, nahmen über 100 Landwirthe Theil. Hauptredner für den Anschluß an den Bund der Landwirthe waren: Bamberg-Straßen, v. Puttkamer-Plaith, Oldenburg-Januschau, v. Wernsdorf-Peterkau. Der Anschluß wurde beschlossen. (Gef.)

mg. Aus Ostpreußen, 7. März. Behufs kräftiger Förderung des Obstbaues in der Provinz sind bereits für das Jahr 1893/94 in den Provinzialrat die Mittel zur Errichtung einer pomologischen Station in Tapiau eingestellt. Von Seiten des Staates ist der Provinz dazu eine ansehnliche Beihilfe in Aussicht gestellt. Die genaue Organisation des Instituts bleibt noch der näheren Erwähnung vorbehalten. Die Section für Obstbau des landwirtschaftlichen Centralvereins für Litauen beschloß ferner in ihrer heute in Insterburg abgehaltenen Sitzung, in Insterburg eine große Obstschule einzurichten, welche allen Obstschülern gegen eine mäßige Entschädigung während der Monate August-September an bestimmten Wochentagen zur Verfügung stehen soll. Die Ausstellung des deut-schen Pomologenvereins, welche im September in Breslau stattfindet, soll von hier aus mit einem größeren Sortiment der vom Centralverein empfohlenen Obstsorten besichtigt werden. Zum Delegirten für die Ausstellung wurde Forstmeister Wohlsromm-Bröblauken gewählt.

WT. Königsberg, 7. März. Die Stadtverordneten-Versammlung nahm heute Abend die Offerte von Delbrück, Leo u. Co. in Berlin auf eine 3½ prozentige Anleihe im Betrage von 2 Millionen Mark an.

\* [Anstellung.] Am Schulrehter-Seminar zu Marienburg ist den Lehrer Korsch aus Danzig als Hilfslehrer angestellt worden.

\* [Distanzrit.] Heute Morgens 4½ Uhr trafen, von Allenstein kommend, die Lieutenant'schen Schäffer und C. O. ten Höfer vom ostpreußischen Dragoner-Regiment Nr. 10 hier ein. Benannte Herren waren Montag früh 5 Uhr aus Allenstein fortgefahren, um zu sehen, was das ostpreußische Pferd, untrainirt, zu leisten vermag. Der 25 Meilen betragende Weg über Löden, Mohrungen, Christburg, Altelse, Marienburg, Dirschau wurde in 23 Stunden zurückgelegt. Die Landwege bis Christburg waren theils spiegelglatt, theils mit furchtbarem Schnee bedeckt, die Chausseen von Christburg bis Danzig glatt und hart gefroren. Die Pferde kamen wohlbehalten und in guter Condition hier an, so daß man ihnen dreist noch einen Attache-Galopp hätte zumuthen können. Das Tempo während des Rittes war Posttrab.

In den Dörfern sahen die Herren ab und führten die Pferde. Im ganzen wurde zwei Stunden in Christburg, eine Stunde in Marienburg verbraucht.

\* [Kreis-Turntag.] In der gestrigen Wiederholung der Oper „Lohengrin“, welche im hiesigen Gesellschaftshause stattfand, war etwa von 300 Personen besucht, also erheblich stärker als im Vorjahr. Von den ca. 50 Ausstellern waren 2½ Raufleute beim Samenhandler und 1½ Landwirthe. Der Umfang der ausgestellten Proben belief sich auf etwa 500. Der Handel gestaltete sich recht lebhaft; die Nachfrage richtete sich besonders nach Kleesaaten, Thymotheum und Grasfrüchten, und es waren in diesen Artikeln auch die größten Geschäftsaufschlüsse zu verzeichnen. Die Preise schwankten mit der Qualität und bei Kleesa

## Geschäfts-Eröffnung.

Einem hochgeehrten Publikum Danzigs und Umgegend  
die ganz ergebene Mittheilung, daß ich mit dem heutigen Tage

Langgasse Nr. 13

in den Räumen der ersten Etage  
(früher Cottner's Möbel-Magazin)  
ein

## Möbel-, Spiegel- und Polster- waren-Magazin

eröffne.

Es wird mein Bestreben sein, durch Lager von nur  
guten Waren aus den renommiertesten Berliner Fabriken  
und streng reelle Bedienung bei billigster Preissnotirung  
das Vertrauen einer geehrten Kundschaft zu erobern und  
dauern zu erhalten.

Hochachtungsvoll

**Paul Kuhn jr.**

Zur Besichtigung des Lagers lade ergebenst ein.

Danzig, den 3. März 1893.

(6511)

Stattbesonderer Meldung.  
Durch die Geburt einer  
Tochter wurden hoch erfreut  
Danzig, 8. März 1893.  
Dr. Debbert und Frau.

Nach Lübeck direct  
lade hier Ende dieser Woche  
Dpfr., Stadt Lübeck  
Capt. Krause.  
Güteranmeldungen bei (6371)

F. G. Reinhold.

Loose:

Weseler Geld-Lotto à 3,50 M.  
Danz. Silber-Lotterie à 1 M.  
Ruhmeshalle-Götter à 1 M.  
Marienburger Schloßbau à 3 M.  
St. Marienkirche zu Trepont  
a. R. à 1 M.  
zu haben in der  
Exped. der Danziger Zeitung.  
Loose zur Ruhmeshallen-Lotterie  
a 1 M.  
Loose zur Trepontwer Silber-  
Lotterie a 1 M.  
Loose zur VIII. Weseler Geld-  
Lotterie à 3,50 M.  
Loose zur Marienburger Geld-  
Lotterie à 3 M.  
zu haben bei

Th. Bertling.

Weseler Geld-Lotterie  
Ziehung bestimmt 16. März cr  
haupttreffer 90000, 40000 M.  
Loose à 3,50 M zu haben bei  
Hermann Lau, Langgasse 71.

Lotterie-Loose:

Weseler Original 13,25 M. à 1 M.  
Anteilsscheine à 10 M. in 50 Nrn.  
Marienburger à 3 M.  
Rönigsberger über 1 M.  
Ruhmeshalle à 1 M. (5495)  
Feller jun., Lotterie-Geschäft,  
Langgasse 13. Ede Vorleshaifeng.  
Die Deutsche Hypothekenbank  
in Meiningen gewährt erf-  
ställige Darlehen nach Danzig zu  
1/4 % Zinsen durch ihren Haupt-  
agenten (6481)  
Eh. Dinklage, Breitgasse 119.  
Lessons de français-Con-  
versation. Correspondence.  
Grammaire.  
S'adresser à J. de Fontelive,  
Holzmarkt 10, 12 b. 2 Uhr.

Junge Kaufleute  
erhalten billigste Englische Con-  
versation u. Correspondenz von  
einer Engländerin. Adr. unter  
6435 in der Exp. d. Ztg. erb.

Hermann Lau,  
Langgasse 71.  
Musikalien-Handlung u.  
Musikalien-Leih-Anstalt.  
Abonnements für Hiefe und  
Auswärtige zu den  
günstigsten Bedingungen.  
Novitäten sofort nach  
Erscheinen. (2079)  
Auf Wunsch  
Ansichtsendungen.

Künstliche Zahne etc.  
**Paul Zander,**  
Breitgasse 105.

Florentiner-Hüte  
zum Waschen, Färben etc. er-  
bietet rechtzeitig (6320)

August Hoffmann,  
Strohhutfabrik,  
Heil. Geistgasse Nr. 26.

Delikatessen-Räucherlachs,  
frisch aus dem Rauch,  
sehr schöne Sprotten,  
täglich neu. Sendung p. 40, 50, 8.

finstere Pommerische  
u. Gothaer Cervelat-Wurst  
finstere Leber-Trüffel-Wurst  
empfiehlt

Carl Köhn,  
Dorf. Graben 45, Ecke Meiers.

L. Willdorff,  
Langgasse 36,  
empfiehlt Herren-Garde-  
roben nach Maß in bester  
Ausführung zu billigen  
Preisen.

Privat- und Bankgelder in  
jeder Höhe auf sichere Hy-  
pothesen, sowie Geld auf Wechsel  
an creditwürdige Firmen, ver-  
mittelt streng und reell  
Chemnitzer Commissions-Geschäft.

Reitbahnhofstraße 60. Chemnitz.

## Um falschen Gerüchten entgegenzutreten

sehen wir uns veranlaßt, bekannt zu machen, daß unser

**Zoppoter Baugeschäft**

auch nach Einrichtung eines solchen in Danzig und Neufahrwasser, sowie nach  
Übernahme des Dampfsägemerkels Weichselmünde in unveränderter Weise  
bestehen bleibt. Zur Ausführung von allen Neu- und Reparaturarbeiten, zur Anfertigung  
von Zeichnungen und Kostenanschlägen etc. halten wir uns bestens empfohlen. (6087)

Auf Wunsch besorgen wir auch die Beleihung von Grundstücken.

Zoppot, im März 1893.

**Wilh. Werner & Co.**

**J. M. Kutschke**  
Danzig,  
Langgasse 4, Ecke der Gerbergasse.  
Kreuzungspunkt und Haltestelle sämtlicher Pferdebahnen.  
Neue Sendung Rügenwalder Gänsebrüste à Pf. 2 M.  
Frische Gänseleber-, Fasanen- und Schnepfen-Pasteten,  
Ger. Westfälische und hiesige Landschinken,  
Ger. Lachs, Spickeale, Kieler Sprotten und Bücklinge,  
Marinen ger. u. marinirt, Delicatess- u. Bratheringe,  
Neunungen, Sardinen in Öl und in Mixed Picles,  
Anchovis etc.  
Alle fein. Wurst- u. Käsesorten, Ital. Salat u. Sülze.  
Frische Landsee-Barsse à Pf. 40 S.  
Wildschwein-Frischling u. Ueberläufer  
werden Freitag zerlegt, Keulen à Pf. 1 M,  
Rücken 1,20 p. Fr. Centrifug.-Tafelbutter.  
von jetzt ab 1,20 p. p.

## Weseler Kirchenbau-Geld-Lotterie

Hauptgewinn 90000 Mk.

Ziehung am 16. März 1893.

Loose à 3,50 Mk. sind zu haben in der  
Expedition der Danziger Zeitung.

## Bur Frühjahrs- resp. Sommer-Saison

ist die  
Abtheilung für

## Anaben-Confection

für jede Altersstufe in Anzügen u. Paletots mit  
einer Auswahl ausgestattet, wie solche hier am Ort  
noch nicht gesehen ist.

Zur Anabenbekleidung für Haus, Schule und  
bessere Zwecke werden nur die dauerhaftesten und  
echtfarbigen Qualitäten verarbeitet und darüber  
gewacht, daß die Arbeit eine absolut sorgfältige u. der  
Sitz fabellos ist; ebenso ist mein Befreben darauf  
gerichtet, mit nur guten kleidssamen Facons zu dienen.

Die Preise für meine Anaben-Confection sind  
im Verhältniß zu den vorzüglichsten Qualitäten und  
zu der correcten Ausführung wie bekannt  
solide, und lade ich jeden, der Bedarf an

## Anaben-Bekleidungsgegenstände

hat, zur gefl. Orientierung ergebenst ein. Fliesen u.  
Reserveknöpfe werden reichlich mitgegeben.

**Moritz Berghold,**

Langgasse 73.

## Carl Rabe,

Langgasse Nr. 52

empfiehlt

nach Empfang sämtlicher Neuheiten:

**Herren-** Anzüge, Paletots,  
Beinkleider

nach Maass, fertige Westen,

Havelocks, Jaquets und Mäntel,

Sport-Aleidung. Unterkleider

bester und reellster Qualität für Erwachsene  
und Kinder.

Anzüge, Paletots,  
Mützen

in größter Auswahl

für jedes Alter.

## Carthäuser,

Ersatz für Chartreuse,

in 1/1 und 1/2 Flaschen in hochfeiner

Qualität

offerirt

(6518)

**Gustav Springer Nachf.**

Sum 1. April ist eine

Lehrlingsstelle vacant bei

Wenzel & Mühlé, Drogen- und Farbenwaren-

Engros-Geschäft.

J. Broh.

Sum 1. April ist eine

Lehrlingsstelle vacant bei

Wenzel & Mühlé, Drogen- und Farbenwaren-

Engros-Geschäft.

J. Broh.

Sum 1. April ist eine

Lehrlingsstelle vacant bei

Wenzel & Mühlé, Drogen- und Farbenwaren-

Engros-Geschäft.

J. Broh.

Sum 1. April ist eine

Lehrlingsstelle vacant bei

Wenzel & Mühlé, Drogen- und Farbenwaren-

Engros-Geschäft.

J. Broh.

Sum 1. April ist eine

Lehrlingsstelle vacant bei

Wenzel & Mühlé, Drogen- und Farbenwaren-

Engros-Geschäft.

J. Broh.

Sum 1. April ist eine

Lehrlingsstelle vacant bei

Wenzel & Mühlé, Drogen- und Farbenwaren-

Engros-Geschäft.

J. Broh.

Sum 1. April ist eine

Lehrlingsstelle vacant bei

Wenzel & Mühlé, Drogen- und Farbenwaren-

Engros-Geschäft.

J. Broh.

Sum 1. April ist eine

Lehrlingsstelle vacant bei

Wenzel & Mühlé, Drogen- und Farbenwaren-

Engros-Geschäft.

J. Broh.

Sum 1. April ist eine

Lehrlingsstelle vacant bei

Wenzel & Mühlé, Drogen- und Farbenwaren-

Engros-Geschäft.

J. Broh.

Sum 1. April ist eine

Lehrlingsstelle vacant bei

Wenzel & Mühlé, Drogen- und Farbenwaren-

Engros-Geschäft.

J. Broh.

Sum 1. April ist eine

Lehrlingsstelle vacant bei

Wenzel & Mühlé, Drogen- und Farbenwaren-

Engros-Geschäft.

J. Broh.

Sum 1. April ist eine

Lehrlingsstelle vacant bei

Wenzel & Mühlé, Drogen- und Farbenwaren-

Engros-Geschäft.

J. Broh.

Sum 1. April ist eine

Lehrlingsstelle vacant bei

Wenzel & Mühlé, Drogen- und Farbenwaren-

Engros-Geschäft.

J. Broh.

Sum 1. April ist eine

Lehrlingsstelle vacant bei

Wenzel & Mühlé, Drogen- und Farbenwaren-

# Beilage zu Nr. 20015 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 7. März 1893.

## Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung vom 7. März.

Am Ministerialthe: Graf zu Eulenburg, v. Henden

und Commissarien.

Die zweite Berathung des Staatshaushaltsetats für 1893/94 wird fortgesetzt beim Etat der Anfiedelungs-Commission. Hierzu liegt ein Antrag der Polen v. Czarlinski u. Gen. vor: „Die Staatsregierung zu ersuchen, thunlichst bald — womöglich noch in der laufenden Session — eine entsprechende Vorlage zur Befestigung des Gesetzes vom 26. April 1886 betreffend die Förderung deutscher Anfiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen dem Landtag vorzulegen.“

Der Berichterstatter Abg. v. Minnigerode gibt eine Uebersicht über die Thätigkeit der Anfiedelungs-Commission im Jahre 1892 und über die Verhandlungen der Budgetcommission über diesen Etat.

Abg. v. Czarlinski (Pole): Die ganze Anfiedelungs-Commission ist nur eine Versorgungs-Anstalt für bankrotte deutsche Gutsbesitzer. (Sehr richtig! bei den Polen.) Mit dem Anfiedelungsgesetz ist eigentlich Niemand einverstanden, mit Ausnahme der Beamten der Commission. Die Polen sind nicht zufrieden, weil das Gesetz ein Kampfgesetz ist; die Deutschen sind nicht zufrieden, weil von ihnen nicht genug Güter angekauft werden, die Anfiedler sind nicht zufrieden, weil die Bedingungen für sie nicht günstig genug sind. Wir glauben deshalb, dem Hause einen Dienst erwiesen zu haben, dadurch, daß wir den Antrag auf Aufhebung des Gesetzes von 1886 stellten. Es ist vollständig verfehlt, wissenschaftlich nicht zu rechtfertigen, wenn der Staat als Unternehmer von Anfiedelungen auftritt, und noch dazu, wenn es in einseitigem politischen Interesse geschieht. Die polnischen Arbeiter werden durch dieses Vorgehen des Staates zur Auswanderung gezwungen; sie ziehen entweder über das Meer oder in die großen Städte. Und welche übermäßigen Anprüche werden durch das staatliche Eingreifen geweckt! Die Anfiedler, welche alle möglichen Vortheile genießen, verlangen sogar in Petitionen, daß ihnen die Drainagekosten ganz erlassen werden, während die polnischen Besitzer zufrieden wären, wenn ihnen nur drei Freijahre gewährt würden. Die ganze Thätigkeit der Anfiedelungs-Commission geht nur dahin, die Polen vom Ankauf von Gütern zurückzuhalten. Als ein Pole ein Gut kaufen wollte, kam schleunigst ein Vertreter der Commission und bot 20 000 Mk. mehr. Das preußische Beispiel findet Nachahmung. Im Ausland entzieht man den Deutschen das Recht, Grundbesitz zu erwerben.

Abg. Sombart (nat.-lib.) bezeichnet die Vorwürfe gegen die Anfiedelungs-Commission als unumstritten. Dieselbe sei durchaus keine Versorgungsanstalt; denn die Beamten, welche die Güter verwalten und die Auftheilung vornehmen, welche die Drainage leiten und alles zur Anfiedelung vorbereiten, haben sich durchaus bewährt. Sie verbieten durchaus nicht die Charakterisierung, welche ihnen der Vorredner hat zu Theil werden lassen. Redner empfiehlt die Beleidigung der Bildung der Landgemeinden und eine Änderung des Wirtschaftsjahres. Das Kalenderjahr sei für den Etat schon verlassen; für die Landwirtschaft sei es am besten, wenn man das Wirtschaftsjahr mit dem 1. Juli anfangen ließe. Redner schließt mit dem Wunsche, daß die Wirkungen der Thätigkeit der Anfiedelungs-Commission möglichst bald hervortreten mögen.

Minister v. Henden: Die Wirkungen treten jetzt schon hervor. Was den vorliegenden Antrag betrifft, so kann ich nicht im Namen der Staatsregierung sprechen, die sich damit noch nicht beschäftigt hat, aber ich glaube nicht fehlgeschlagen, wenn ich annahme, daß die Regierung denselben Standpunkt wie früher einnimmt, d. h. das Gesetz aufrecht erhalten will. Die ganze Tendenz der Auswanderung vom Osten nach dem Westen würde dahin geführt haben, daß der Osten entvölkert würde. Daher hat die Regierung die Anfiedelung befördert. Dazu dabei die Evangelischen bevorzugt würden, ist durchaus nicht richtig. Das Prozentverhältnis zwischen katholischen und evangelischen Anfiedlern ist immer dasselbe. Durch die Schaffung neuer bäuerlicher Gemeinden wird ein Arealisationspunkt geschaffen auch für die Gründung kleineren Besitzes, so daß sich allmählich eine gefundene Mischung der verschiedenen Arten des Grundbesitzes herausstellt. Herr Sombart hat Herrn v. Czarlinski bezüglich der Versorgungsanstalt für bankrotte deutsche Gutsbesitzer wohl falsch verstanden. Das bezog sich wohl nicht auf die Beamten der Commission, sondern auf diejenigen Personen, welche zwischengenötigt die Güter verwalten, aber darunter befinden sich nicht

bloß Deutsche, sondern auch Polen; und ist es denn überhaupt ein Unglück, wenn jemand einmal bankerott wird bei den heutigen Verhältnissen?

Abg. Rickert: Meinem Freunde Sombart kann ich in der Harmlosigkeit, mit der er die Frage behandelt hat, nicht folgen. (Sehr richtig!) Er geht der politischen Seite der Frage ganz vorbei, sie existiert für ihn nicht, obwohl der Antrag Czarlinski eine Antwort verlangt; er betrachtet die Sache nur vom Standpunkt des Colonistors. In letzterer Beziehung folge ich gern seinen Spuren, hier kann ich es nicht. Der Finanzminister hat uns zu Abfinden aufgefordert, hier ist ein Punkt, wo jährlich eine erhebliche Summe gespart werden kann. Wie anders ist doch heute die Stimmung als vor 7 Jahren. Heute die Sache des Hauses leer links und rechts! Damals heftiger wochenlanger Kampf! An der Stelle des Grafen Eulenburg saß Fürst Bismarck, der in seinem Gross gegen den Reichstag in Folge des Beschlusses gegen die Polen ausweisen, gegen die harten, grausamen und zweckwidrigen Polenausweisungen (Lebhafte Beifall links) erklärte, er würde sich vom Reichstage zurückziehen und hier in den friedlicheren Räumen des Abgeordnetenhauses seine Stätte suchen, um bessere Geschäfte zu machen. Nur ein Reichskanzler wie Bismarck mit der kolossal Macht, die er über die Gemüter hatte, konnte das sagen ohne einen Entzugssturm hervorzurufen. Nur — welche Geschäfte hat die Regierung mit den Kampfgesetzen gegen die Polen gemacht? Heut ist die Majorität des Volks darüber einig einschließlich der Conservativen. Die Bismarck'sche Politik kann die Regierung gegen die Polen nicht mehr fortsetzen, sie paßt nicht zu dem Uebrigen, sie selbst muß in Consequenz ihrer Politik zur Befestigung dieses Kampfgesetzes kommen. (Sehr richtig! links.) Wir werden dem Antrag Czarlinski zustimmen (hört hört), ja wohl — das steht in Übereinstimmung mit unserem früheren Votum, während Sie mit demselben nicht viel Ehr eingelegt haben. (Sehr gut! links, Unruhe rechts.) Unsere polnischen Collegen haben den Eid auf die Verfassung geleistet, wir trauen ihnen nicht die lächerliche Absicht zu, sich gegen die Regierung und den Staat zu verschönen, um ein Glück davon loszureißen. (Zuruf.) Haben wir wirklich ein Recht daran zu zweifeln, daß Ihnen Eid halten werden? (Lebhafte Beifall links.) Sie sind gleichberechtigte Bürger, wir sollen sie nicht zu Parias machen. (Sehr gut! links.) Dass die Kampfgesetze uns nichts genützt, wohl aber geschadet haben, das erkennen man jetzt auch in Kreisen, die vor sieben Jahren eine nationale Feindschaft gegen uns eröffnet haben. Selbst der Abg. v. Puttkamer-Pauth, der uns früher ausdrücklich angefeindet hat, ist uns neuerdings in dieser Frage sehr nahe gekommen. In einer Erklärung in der „Kreuzzeitung“ hat er sich dahin ausgesprochen, daß mit Zwangsmitteln (Anfiedelung, Ausweisung etc.) wenig zu erreichen (hört, hört); auch er will den freien Wettkampf mit den Polen, den auch wir erwünschen und nicht fürchten. Der Abg. v. Puttkamer meint, die Zahl der Polen sei gewachsen. Aus der Zahl der polnischen Abgeordneten im Reichstage folgt das noch nicht. Im Jahre 1881 sahen 18 polnische Abgeordnete, jetzt 17 im Reichstage, 1887 nur 13. Auch in dem Verhalten bei Wahlen haben die Conservativen Fortschritte gemacht. Noch vor drei Jahren sprach der Abg. v. Puttkamer mit „Scham und Entrüstung“ davon, daß eine Anzahl Freisinniger in Graudenz für den polnischen Kandidaten gestimmt haben sollten, wie er behauptete; jetzt vor kurzem haben conservativen Gesinnungsgenossen des Abg. v. Puttkamer offen erklärt, daß sie für den polnischen Kandidaten gegen den freisinnigen Herrn v. Puttkamer stimmen würden, weil er sich gegen den Handelsvertrag mit Russland erklart hätte. Das haben die Freisinnigen nicht gehalten! Wir werden unsere polnischen Mitbürger immer als gleichberechtigt ansehen, aber wir werden sie bekämpfen, wo wir nicht mit ihnen einverstanden sind. Unsere deutschen Landsleute sind lediglich eingeschläfert durch die Kampfgesetze. Was ihre Pflicht zu ihm war, haben sie auf die Schultern der Regierung und der Gesetze abgewälzt. In dem friedlichen Wettkampf — wie ihn der Abg. v. Puttkamer will — werden wir unseren polnischen Mitbürgern völlig ebenbürtig sein und dieser Wettkampf wird dem Vaterland nützen, das ja auch das Vaterland unserer polnischen Mitbürger geworden ist. Dass das 100 Millionen-Gesetz nicht günstig gewirkt hat für die Belebung des deutschen Elements, das ist anerkannt worden von den Mitgliedern der verschiedenen Parteien. (Redner bringt Belege dafür bei, u. a. eines langjährigen westpreußischen Gutsbesitzers, der dieses Gesetz eine polnische Rechts-

bank nennt, der sich die deutschen Besitzer gern unterwerfen würden.) Eigentlich müßten die Polen die Fortdauer des Gesetzes im Interesse ihrer Propaganda wünschen. Es leistet ihnen dieselben Dienste, wie die Kulturkampfgesetze dem Centrum und das Socialisten-Gesetz der Socialdemokratie. Bekräftigt sind Sie dadurch, kapitalkräftiger sind die Polen dadurch geworden. (Sehr wahr! links und im Centrum.) Ihre Freunde sind die Güter zu guten Preisen los geworden und sie haben entweder neue Güter erworben oder sie sind frei geworden für die polnische Propaganda in den Städten. Das Rentengutergesetz hat insbesondere dieses Gesetz überflüssig gemacht. Der Regierungs-Commissar hat in der Commission erklärt, daß die politische Spitze des Gesetzes allmählich abgeschwächt sei, d. h. doch, daß es in den Rahmen der jehigen Politik nicht passe. Nehmen Sie ihm doch wenigstens den Kampfescharakter gegen die Polen. Vor einiger Zeit hielt es, daß die Staatsregierung selbst in Erwägung darüber getreten sei, ob das Gesetz nicht zu ändern und zu einem lediglich socialpolitischen Gesetz umzuförmern sei. Man scheint gescheitert zu haben, doch man einen Fehler gemacht habe. So erkenne man das doch offen an (Sehr richtig!) und thue den Schritt, der dem Gesetz den Stachel nimmt und es für alle ohne Unterschied des Standes und der Nationalität verwendet. Dann würde man versöhnen und Vertrauen erwecken. Man verwandte das Kampfgesetz in ein Versöhnungsgesetz. (Bravo links.)

Ministerpräsident Graf zu Eulenburg: Durch meine Anwesenheit wollte ich nicht dem Antrage der Polen

sähen der Moral und der Gerechtigkeit widersprechen. Die übrigen Ausführungen des Redners bleiben unverständlich.

Geheimrat v. Wilmowsky bestreitet in Bezug auf mehrere von dem Vorredner angeführte Fälle, daß die Anfiedelungscommission rücksichtlos gegenüber den Guts-nachbarn verfahren sei; sie habe nur die Rechte des Fiscus gegenüber den unberechtigten Ansprüchen der selben wahrgenommen.

Abg. v. Tiedemann-Labischin (freicons.): Mit ihren Überbelastungen werden die Herren Polen ihrer Sache keinen Dienst leisten. Es herrscht gar keine Unzufriedenheit in Posen. Ich bin jetzt 12 Jahre in Posen und der Polenwahlgefecht kann ich feststellen, daß das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen ein besseres geworden ist. Das liegt in der Einführung der neuen Kreisordnung, die ein Verdienst des früheren Ministers des Innern ist, die Polen haben sich durch die Mitarbeit in der Verwaltung überzeugt, daß die Deutschen nicht so schlau sind. Aber durch solche Anträge, wie den heutigen, wird die Beruhigung nicht hergestellt. Herr Rickert hat sich gefreut über das Bündniß der Polen und Conservativen in Marienwerder. Seine Fraktionsgenossen theilen nicht überall diese Gesinnung; denn in Bromberg haben sie sich, trotzdem ihnen der Conservativen Canbidge unsympathisch war, bei der Stichwahl für denselben gegen den Polen entschieden aus nationalen Gründen.

Abg. Bachem (Centr.): Das Centrum hat dem in Frage stehenden Gesetz entschieden Widerspruch entgegengesetzt und hat auch keinen Anlaß gefunden, seine Stellung zu ändern. Wir werden daher einstimmig für den Antrag der Polen stimmen. Das Gesetz ist ein Hindernis für die Versöhnung der Nationalitäten. (Zustimmung im Centrum und bei den Polen.)

Abg. v. Erffa (cont.): Die Empfindlichkeit der Polen gegenüber dem Gesetz verstehe ich; aber ein Kampfgesetz ist es durchaus nicht; es führt nicht zur Ausrottung der Polen. Die Polen haben ihre Beschwerden mehrfach vorgebracht; Herr Rickert aber hat als Polenanzwalt die Sache übertrieben, weil er wahrscheinlich durch starke Worte die Schwäche seiner Gründe verdecken wollte. Für das Bündniß des Herrn v. Puttkamer mit den Polen kann die conservativen Partei nicht verantwortlich gemacht werden. Was bei einer einzelnen Stichwahl passiert, kann man nicht kontrollieren. Wenn der Pol gewählt wird als das kleinere Uebel, vielleicht weil ein Freisinniger des Gegencandidat ist, so begreife ich das. (Zuruf Rickerts: Es handelt sich um einen Freiconservativen!) Es haben sich 870 evangelische und 80 katholische Bewerber gemeldet; dem entspricht nachher auch die Zahl der evangelischen und katholischen Anfiedler. Bemerkenswerth aber ist, daß sich kein Jude gemeldet hat. (Lachen rechts.) Wo es gilt, bei körperlicher Arbeit Schweiz zu vergießen, da sind die Juden nicht vorhanden. Die wirtschaftlichen Ergebnisse der Anfiedelungsgüter sind ganz gute; die Güter verdoppeln sich um 2½ v. H. mehr, als die Berliner Nieselgüter.

Abg. Neukirch (kreis.): Der Vorredner befindet sich im Irrthum, wenn er meint, es hätten sich einige Judente für die Anfiedelungsgüter gemeldet; es sind deren fünf in der Tabelle nachgewiesen. Wenn es sich um die Stichwahl zwischen einem Ultrareactionären und einem Polen handelt, dann werden wir dem Ersten sicherlich nicht unsere Stimme geben. In einem solchen Falle verfahren Sie, Herr v. Tiedemann, schließlich ebenso. Redner führt dann aus, daß die Einrichtung der Anfiedelungscommission nicht nur der Gleichberechtigung der Staatsbürger widerspreche, sondern auch wirtschaftlich nicht richtig sei. Er beruft sich auf die Schrift von Professor Cering, die vom Verein für Sozialpolitik veröffentlicht ist. Der Verfasser verlangt eine vollständige Umgestaltung der Anfiedelungscommission und namentlich die Befestigung der Vorschrift, daß nur deutsche Anfiedler angesetzt werden sollen. Redner befreit dem Gesetz jeden politischen Erfolg; es habe nur Hass und Feindschaft geschürt. Fürst Bismarck, der Urheber des Gesetzes, ist ja nicht mehr im Amt; wir haben einen anderen Reichskanzler. Schon deshalb müßte die Regierung danach trachten, das unselige Gesetz aus der Welt zu schaffen. (Zustimmung bei den Freisinnigen, dem Centrum und den Polen.)

Abg. Anebel (nat.-lib.): Ich lehne es ab, auf die Verfassungsmöglichkeit einzugehen. Sie sei festgestellt durch die maßgebenden Factoren der Gesetzgebung. Das Gesetz ist 1886 wesentlich aus politischen Gründen angenommen, aber seine wirtschaftliche Bedeutung steht hinter seiner politischen nicht zurück. Die Herren aus

historischen Zeit in gleicher Form in Gebrauch waren. So hat man denn auch in den österreichischen Bauernhäusern ein aus Eisen gesetztes Gerät, den Feuerbock (zum Auflegen der Holzscheite auf dem Herde) gefunden, welches in ähnlicher Form aus Eisen gesetzt ist.

IV. Vortragender hatte bei Groß Aah, Kreis Neustadt, Gelegenheit, ein ziemlich großes Hügelgrab zu öffnen, welchem aber nur Gefäßtrümmer und ein an einem Anochentücke angefundenen kleineren Bronzetropfens entnommen werden konnten. Die zum Theil verzierten Gefäßscherben waren zumeist Theile von gedekelten Aschenurnen, doch befanden sich dazwischen auch die noch zusammenpassenden Stücke einer flachen, unterschärflichen Schale mit dicht über dem Boden durchlochtem, senkrechter Wandung. Beigaben fanden sich weder zwischen den reichlich vorhandenen Aschenresten noch sonst im Hügel, daher das genauere Alter des Grabes nicht sicher bestimmbar ist.

V. In Christinenhof bei Danzig wurde auf der Höhe einer der das Gelände bildenden Bodenwellen in einer Tiefe von ca. 1 Fuß unter der Oberfläche eine Herdstelle aus vorgeschichtlicher Zeit bloß gelegt. Dieselbe bestand aus einem ungefähr kreisförmigen, etwa 2 Mtr. im Durchmesser haltenden Pflaster von saft- bis kindskopfgroßen Steinen, die zumeist noch eingewachsene, gebrochene Gefäßscherben waren. Die zum Theil verzierten Gefäßscherben waren zumeist Theile von gedekelten Aschenurnen, doch befanden sich dazwischen auch die noch zusammenpassenden Stücke einer flachen, unterschärflichen Schale mit dicht über dem Boden durchlochtem, senkrechter Wandung. Beigaben fanden sich weder zwischen den reichlich vorhandenen Aschenresten noch sonst im Hügel, daher das genauere Alter des Grabes nicht sicher bestimmbar ist.

VI. In Christinenhof bei Danzig wurde auf der Höhe einer der das Gelände bildenden Bodenwellen in einer Tiefe von ca. 1 Fuß unter der Oberfläche eine Herdstelle aus vorgeschichtlicher Zeit bloß gelegt. Dieselbe bestand aus einem ungefähr kreisförmigen, etwa 2 Mtr. im Durchmesser haltenden Pflaster von saft- bis kindskopfgroßen Steinen, die zumeist noch eingewachsene, gebrochene Gefäßscherben waren. Die zum Theil verzierten Gefäßscherben waren zumeist Theile von gedekelten Aschenurnen, doch befanden sich dazwischen auch die noch zusammenpassenden Stücke einer flachen, unterschärflichen Schale mit dicht über dem Boden durchlochtem, senkrechter Wandung. Beigaben fanden sich weder zwischen den reichlich vorhandenen Aschenresten noch sonst im Hügel, daher das genauere Alter des Grabes nicht sicher bestimmbar ist.

Herr Dr. Dehlschläger spricht alsdann über das Bauernhaus in Alt-Auße in Steiermark, nach Beschreibungen, welche Dr. Meringer in den Mittheilungen der anthropologischen Gesellschaft in Wien 1891 veröffentlicht hat. Derartige Studien beanspruchen ein hohes Interesse seitens der anthropologischen Forschung, da gerade die Untersuchungen der Bauernhäuser mit ihrem gesammelten Mobiliar besonders wichtige Aufschlüsse über die früheren Gebräuche der Bevölkerung aus frühgeschichtlicher, selbst vorchristlicher Zeit erhoffen lassen. Man denke nur daran, daß z. B. die Fellachen des Nilhales noch heute mit ebenso primitiven Gefäßscherben ihre Felder beackern, wie vor Jahrtausenden, daß auch in manchen Theilen unserer Provinz von der Landbevölkerung noch Gefäßhandmühle, welche bereits in der prä-

nauerer Untersuchung des Bodens wurde noch ein zwölftes, unversehrt, aus Granitplatten in 2-3-scher Schichtung sehr fest gefügt, kleines Steinkistengrab entdeckt, welches drei Urnen, darunter eine kleine Gesichtsurne mit nur schwacher Andeutung des Gesichtsreliefs, enthielt, die demselben unversehrt entnommen werden konnten. Von den aus den schon früher geöffneten Steinkisten noch erhaltenen Gegenständen übergab Herr Pfarrer Müller-Lehnau eine kleine, ziemlich gut erhaltene, gebrochene Urne und Herr Bauunternehmer Petermann-Neustadt die Ohrenpartie einer größeren Gesichtsurne für das Provinzial-Museum; einige andere Reste sollen sich im Besitz des Herrn Regierungs-Baumeisters Goldbach-Neustadt befinden.

II. Auf dem Gut des Herrn Göldel in Zoppot waren auch in diesem Jahre von den Arbeitern beim Steinesuchen wieder einige Steinkistengräber entdeckt und geöffnet worden, welchen mehrere Urnen sowie Beigaben aus Bronze, Eisen und Perlen entnommen wurden. Unter den Urnen fällt besonders ein großes, terrinenförmiges Aschengefäß auf, welches durch drei knopfartige Oberteile, gefällige Form und sorgfältige Arbeit ausgezeichnet ist; unter den Beigaben befinden sich eine sehr schöne, bronzenen Schwanenhalsnadel. Herr Gutsbesitzer Göldel schenkte sämtliche Fundstücke freundlich dem Museum.

III. In Gogolewo, Kreis Marienwerder, waren Arbeiter bei dem Graben nach Sand zum Kirchenbau auf eine Anzahl Steinkistengräber gestoßen, deren Inhalt in Folge ungewöhnlicher Aufdeckung zum größten Theile bereits zerstört war, als Vortragender an den Fundort kam. Nach Angabe der beim Sandfahren beschäftigten Leute waren 11 Steinkisten mit zusammen 27-28 Urnen vorhanden, aber nur 2 oder 3 der letzteren noch erhalten. Es ist diese vorerst, unkundige Aufdeckung jener Gräber umso mehr zu bedauern, als mit Bestimmtheit einige Gesichtsurnen darin waren, wie aus den dort vorgefundenen Scherben zu erkennen ist. Die Steinkisten waren zum Theil aus regelmäßig bearbeiteten Sandsteinplatten zum Theil aus weniger regelmäßigen Granitplatten zumeist sorgfältig gefügt und befanden sich durchweg nahe unter der Oberfläche. Die nachträgliche Durchmusterung der noch nicht ganz versäumten Gräber ergab noch eine Ausbeute an meist verzierten Urnenresten sowie an kleinen Bronzeringen mit Bernsteinperlen und größeren eisernen Ringen. Bei ge-

